



Nr. 123 / 18.09.2020

Alexander HOFFMANN *informiert*

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Moria: Ein Kompromiss der Menschlichkeit - ohne Pull-Effekt

Liebe Leserinnen, liebe Leser, den menschlichen Reflex „Wir nehmen alle auf“ halte ich für nachvollziehbar, aber dennoch für nicht richtig. Eine Aufnahme und Verteilung von mehr 12.000 Flüchtlingen aus dem abgebrannten Lager in Moria ist keine Lösung. Die Schleuserbanden warten doch nur darauf. Wir wollen – auch deshalb – kein falsches Signal aussenden. Es steht zu befürchten, dass noch mehr Flüchtlinge auf die Idee kommen könnten, ihr Lager in Brand zu setzen – in der Hoffnung, so nach Deutschland zu kommen. Wir würden nur einen verhängnisvollen Pull-Faktor erschaffen.

Am Dienstag hat sich die Große Koalition, anders als ich mir das gewünscht hätte, auf die Aufnahme von weiteren 1.553 Flüchtlingen von mehreren griechischen Inseln – also nicht nur aus Lesbos – geeinigt. Dabei handelt es sich aber um Familien mit Kindern, die eben nicht aus dem abgebrannten Lager stammen, sondern die bereits länger in Griechenland leben und zudem als asylberechtigt anerkannt wurden. Diesen Kompromiss der Menschlichkeit kann ich mittragen.

Ich möchte auch daran erinnern, dass Deutschland seit 2015 mehr als 1,73 Millionen Flüchtlinge aufgenommen hat; das sind 41 Prozent aller Migranten in Europa. Wenn wir als Bundesrepublik Deutschland aber glauben, die europäische Asylproblematik alleine lösen zu können, dann wird sich das Jahr 2015

wiederholen; denn dann wird es keine europäische Lösung geben. Ein globales Problem können wir aber nur international und europäisch lösen. Es gilt also eine Balance herzustellen zwischen unserer humanitären Verantwortung auf der einen Seite und Ordnung, Steuerung und Begrenzung auf der anderen Seite. Die allermeisten Flüchtlinge in Moria sowie in anderen Lagern sind jedoch Wirtschaftsmigranten ohne Aussicht auf Asyl.

Wir pochen auf eine europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik. Dazu gehört, die EU-Außengrenzen noch besser zu sichern. Eine etwaige Schutzbedürftigkeit muss künftig bereits direkt an der EU-Außengrenze geprüft werden. Zudem brauchen wir ein gerechtes und solidarisches Verteilungssystem auf die Mitgliedsstaaten.

Klar ist, dass wir nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen können – und nicht alle werden für immer in Deutschland bleiben können. Asyl bedeutet Schutz auf Zeit. Fest steht: Eine Situation wie im Jahr 2015 darf und wird sich nicht wiederholen, denn 2015 hätte unser Land beinahe zerrissen, gesellschaftlich wie politisch. Die Auswirkungen merken wir bis heute. Die Flüchtlingskrise war ein beispielloser humanitärer Kraftakt, der uns viel abverlangt

hat. Doch auch unsere Ressourcen sind irgendwann erschöpft – darauf hat selbst unser damaliger Bundespräsident Joachim Gauck („Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich.“) hingewiesen. Und ich füge hinzu: Auch die Akzeptanz der Bevölkerung, was die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen angeht, ist endlich. Das Erstarken rechter Parteien praktisch überall in Europa sollte uns eine eindringliche Warnung sein!

Olaf Scholz muss aufgerüttelt werden: Es geht ohne Kassenbon-Pflicht!

Mehr als drei Millionen unnötige Kassenzettel hatte der Bund der Selbständigen (BDS) am Dienstag auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude aufgetürmt, um gegen die Kassenbon-Pflicht zu protestieren. Der Berg aus giftigem Thermopapier-Müll soll vor allem Bundesfinanzminister Olaf Scholz aufrütteln.

Wir als CDU/CSU-Fraktion wollten von Anfang an eine Ausnahmemöglichkeit für Verkaufsstellen mit großem Kundenkreis und kleinen Mengen – vor allem für Bäckereien und Metzgereien. In den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz hatte das SPD-geführte Finanzministerium die Voraussetzungen für Ausnahmen jedoch so hoch geschraubt, dass es faktisch keine Ausnahmen mehr gibt. Das akzeptieren wir nicht und drängen auf Änderungen. Dazu sind auch gar keine Verordnung und kein parlamentarisches Verfahren nötig.

Die Bon-Pflicht gilt seit 01.01.2020 und sorgt seitdem für großen Ärger. Ich stimme Frank Bernard aus dem Landkreis Main-Spessart (er ist der Geschäftsführer der Bezirksverbände Unter- und Oberfranken des Bundes der Selbständigen) zu: Die Bon-Pflicht ist ein weiterer bürokratischer Akt, der Unternehmerinnen und Unternehmer unnötig gängelt. Die Belegpflicht muss realitätsnah gestaltet werden.

Während Finanzminister Olaf Scholz und sein Ministerium den Protest gegen die Bon-Pflicht weiter ignorieren, geht Frankreich zum Zwecke der Müllvermeidung den umgekehrten Weg: Dort werden Kassensbons verboten. Für Kleinstbeträge



unter zehn Euro wird ab September konsequent auf den Bon verzichtet. Diese Bagatellgrenze wird schrittweise angehoben: Ab 2021 muss der Handel bis zu einem Wert von 20 Euro auf den Kassensbons verzichten; ab 2022 sind es 30 Euro. Kassenzettel für Kleinbeträge sollen nur noch auf Wunsch der Kunden gedruckt werden. Ich frage mich ernsthaft, wieso wir das nicht auch hinbekommen. Es kann nicht sein, dass Bäcker, jeder Metzger und jeder Gastronom unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung gestellt wird.

Zudem wundert mich, dass es die SPD-Umweltministerin überhaupt nicht zu stören scheint, dass unnötigerweise so viele Kassensbons aus umweltschädlichem Thermopapier ausgedruckt werden.

Weder möchte der Kunde für seine Butterbreze beim Bäcker einen Beleg, noch ist dies mit den heute zugelassenen Kassens aus überwachungs-technischen Gründen notwendig. Fazit: Die Bon-Pflicht für Kleinbeträge muss abgeschafft werden!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;
Michael Dominik